

Kommentare zu den Wahlen

Hermann Müller

Zur Kommunalwahl 2021 in der Stadt Hildesheim

Die Wahlen haben die Kräfteverhältnisse geändert. Nach der Wahl 2016 hatten CDU und SPD zusammen eine große Mehrheit (29 Sitze), nach dieser Wahl ist es noch 25 Sitze. Rot-Grün hat nur 23 Sitze. Durch die Gruppenbildung von SPD, Grüne und der „Partei“ gibt es eine neue Mehrheit.

Die CDU hat deutlich verloren, bleibt aber stärkste Partei. Verloren hat auch die SPD. Gewonnen haben dagegen die Grünen. CDU, SPD und Grüne haben jeweils zwischen 24 in 27 % erhalten. Damit gibt es in Hildesheim keine Volkspartei mehr.

Die AFD hat mehr als die Hälfte ihrer Stimmanteile und zwei Sitze verloren. Sie ist jetzt eine kleine Partei und hat wie die Unabhängigen, die FDP und die Linke zwei Sitze. Hinzugekommen ist die Interkulturelle Liga und die „Partei“ mit je einem Sitz.

Die letzte Wahl fand kurz nach der Flüchtlingswelle statt, das wird der AFD geholfen haben. Jetzt liegt sie bei 4,08 %, Ein wenig verloren haben auch die Unabhängigen und die Linken, die aber ihre Sitze verteidigen konnten. Nur die FDP hat 1 % dazugewonnen, sie bleibt aber bei zwei Sitzen. Die Interkulturelle Liste hat mit 1,38 % schlecht abgeschnitten. Offenbar wurde sie auch von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationsgeschichte kaum gewählt. Das Konzept der IL hat nicht funktioniert. In Hildesheim wohnen unterschiedliche ethnische Gruppen (Türken, Kurden, Russen, Polen, Bulgaren, Letten etc.). Es gibt auch unterschiedliche Religionszugehörigkeiten (Sunniten, Alewiten, Jesiden, Christlich-Orthodoxe). Die Gruppe ist also sehr heterogen. Was ist da „interkulturell“?

Die Ortsratswahlen kann man schwer vergleichen, weil einige Parteien in einigen Ortsratswahlen nicht angetreten sind. Die Linke hat im Ortsrat Stadtmitte-Neustadt ihren Sitz verteidigt und in der Nordstadt einen Sitz gewonnen. Die Nordstadt ist ein sozialer Brennpunkt mit hohem Migrationsanteil und hoher Armutsquote. Die Linke war in der Nordstadt auch vorher relativ stark.

Kommentar zur Bundestagswahl

Das Wahljahr 2021 geht zu Ende. Die SPD hat im Vergleich zur letzten Wahl (2017) 5,2 % dazugewonnen und das Ergebnis von 2013 (das damals nicht gut war) wieder erreicht. Aber Volkspartei ist sie damit auf Bundesebene nicht. Das gilt auch für die CDU/CSU, die mit 24,1 % im Vergleich zur letzten Wahl 8,8 % verloren hat. So schlecht war die Union bei Bundestagswahlen noch nie. Die Grünen haben 14,8 % erreicht und 5,9 % hinzugewonnen. Die FDP hat leicht dazugewonnen und ist bei 11,5 %. Die AFD hat leicht verloren und steht bei 10,3 % Die Linke hat viel verloren (4,3 %) und liegt unter 4,9 % und kommt nur wegen der 3 Direktmandate wieder in den Bundestag. Auch in Niedersachsen und im Wahlkreis Hildesheim hat die Linke stark verloren. Insgesamt hat die Linke 30 Sitze verloren. Der Verlust ist erheblich. Eine offene Frage ist, inwieweit der Landesvorstand Niedersachsen mitverantwortlich ist.

Unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer wurde eine neo-liberale Wende eingeleitet. SPD und Grüne wurden zu neo-liberalen Parteien. Die Merkel-Regierungen haben diese Politik fortgesetzt. Für die SPD wurde das zunehmend zu einem Problem. Damit kann erklärt werden, warum die SPD ein deutlich sozialeres Programm beschloss. Die Grünen haben dann nachgezogen. Aber wie glaubwürdig ist es, dass Olaf Scholz plötzlich wieder sozialdemokratisch wurde? Offenbar haben das einige geglaubt, denn es gab Wählerwanderungen von den Linken zur SPD und den Grünen. Nun wird man

sehen, wie viel Soziales in der Koalitionsvereinbarung übrig bleibt. Es war ein schwerer Fehler der Linken, sich an der Diskussion um Rot-rot-Grün zu beteiligen und so den Eindruck zu erwecken, dass SPD und Grüne sozial genug sind. Dann kann man ja auch gleich SPD wählen und das haben dann wohl einige getan.

Wie kann es nun weitergehen? Wenn man die Wahlprogramme ernst nimmt, passen Grüne und FDP überhaupt nicht zusammen. Das Sondierungspapier enthält einige gute Forderungen, aber es reicht nicht aus. Offen ist auch, wie die Punkte inhaltlich gefüllt werden. Da könnte man noch einige böse Überraschungen erleben. Fraglich ist auch eine Finanzierung ohne Steuerhöhungen. Das kann Folgen für die vier Landtagswahlen im nächsten Jahr haben. Auf der einen Seite stehen der Umweltschutz und die neue soziale Frage. Auf der anderen Seite steht eine neoliberale und imperiale Orientierung. Sind beide Seiten miteinander vereinbar? In den letzten Jahrzehnten waren die Interessen der Großkonzerne wichtiger. Die Umweltprobleme sind nicht vom Himmel gefallen, sondern ein Ergebnis der Regierungspolitik in großen Industrieländern. Die Länder konkurrieren um wirtschaftliche Standortvorteile. Umweltschutz und eine soziale Politik stören dabei. Die Zukunft hat da die Regierungen Kohl, Schröder und Merkel wenig interessiert. Wenn sich die Verwertungsbedingungen für das Kapital verschlechtern, geht man eben in ein anderes Land. Ist dieser Widerspruch lösbar oder wird die „Ampel“ an diesem Widerspruch scheitern?

Die Linke hat deutlich verloren. Eine Erklärung dafür ist der Zustand der Partei in den letzten Jahren. Es ist ganz natürlich, dass es in einer Partei unterschiedlich Flügel und Fraktionen gibt. Aber es ist trotzdem notwendig, dass die Mitglieder anständig miteinander umgehen. Das war auf Bundesebene nicht immer so. Sahra Wagenknecht hat ein Buch geschrieben. Dagegen wurde innerhalb der Partei heftig polemisiert. Ihr Parteiausschluss wurde gefordert, was der Partei geschadet hat. Gefehlt aber hat eine sachlich argumentative Auseinandersetzung mit dem Buch in der Partei. Es fehlte an einer innerparteilichen demokratischen Gesprächskultur. Vielleicht können die Gegner von Sahra Wagenknecht das nicht. Stattdessen stellten sie einen Ausschlussantrag gegen Sahra Wagenknecht, der der Partei schwer geschadet hat. Auch ich halte einige Thesen in dem Buch für falsch oder empirisch nicht hinreichend belegt. Aber damit sollte man sich inhaltlich auseinandersetzen. Andere Punkte würde ich dagegen unterstützen. Daher habe ich eine Rezension geschrieben.

In einem Kommentar spricht Herr Kahrs von „demokratischen Parteien“. Aber wie demokratisch sind CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne? „Demokratie heißt Selbsterziehung und Information des Volkes. Es lernt nachdenken. Es weiß, was geschieht. Es urteilt. Die Demokratie befördert ständig den Prozess der Aufklärung. Parteienoligarchie dagegen heißt: Verachtung des Volkes. Sie neigt dazu, dem Volk Informationen vorzuenthalten. Man will es lieber dumm sein lassen. Das Volk braucht auch die Ziele, die die Oligarchie jeweils hat, wenn sie überhaupt welche hat, nicht zu kennen. Man kann ihm stattdessen erregende Phrasen, allgemeine Redensarten, pompöse Moralforderungen und dergleichen vorsetzen. Es befindet sich ständig in der Passivität seiner Gewohnheiten, seiner Emotionen, seiner ungeprüften Zufallsmeinungen. Die gemeinsame Schamlosigkeit der Parteienoligarchie spürt sich selber nicht“ (Karl Jaspers 1966, S. 140)

Wie könnte es weitergehen? Im nächsten Jahr wird es wohl eine neue Regierung geben. Die FDP ist für „Jamaica“. Aber man kann sich kaum vorstellen, dass die eine gute ökologische und soziale Politik macht. Dann würden die Grünen unter Druck geraten. Eine Koalition zwischen SPD, Grüne und FDP, die wahrscheinlicher ist, würde nicht viel besser aussehen. 2022 sind vier Landtagswahlen. Es beginnt am 27. 3 mit der Wahl im Saarland. Am 9. Mai folgt dann die Wahl in Schleswig-Holstein.

Sehr wichtig ist auch die Wahl am 15. Mai in NRW. Am 9. Oktober sind dann Wahlen in Niedersachsen.